

Berliner Gerichts-Zeitung

Tageszeitung für
Handel, Industrie,

Politik, Rechtspflege,
Kunst, Litteratur etc.



Das Gesetz unsre Waffe, Gerechtigkeit unser Ziel.

Erscheint
täglich früh, mit Ausnahme der Tage
nach den Sonn- und Festtagen.
Preis für Berlin frei ins Haus
monatlich 1 M.
auswärts bei den Postanstalten vierteljährlich 3 M.
Postzeitungsliste: Nr. 1005.
Einzeln Nummern in Berlin 5 Pfg.
Nicht bestellte Manuskripte werden nicht
zurückgeleant.

Inserate:
pro Petit-Zeile 40 Pfg. Stellen-Gesuche und
Angebote pro Zeile 20 Pfg.
Redaktion und Expedition:
Zimmerstraße 34.
Telephon: Amt 1a, Nr. 5120.
Zajendungen für die Redaktion und den
Verlag der „Berl. Ger.-Ztg.“ sind nach
Zimmerstraße 34 zu adressieren.

Nr. 62.

Berlin, Dienstag, den 15. März 1898.

46. Jahrgang.

Die Aufgaben und Aussichten des Ministeriums Thun.

W. P. N. Der Nachfolger des Freiherrn v. Gautsich in der österreichischen Ministerpräsidentschaft hat, gleich seinen beiden Vorgängern, die Aufgabe, den Ausgleich mit Ungarn zu erneuern. Dieser Aufgabe bleibt alles übrige untergeordnet, und um diese Aufgabe zu lösen, hat er freie Hand bei Einschlagung des Weges zum Ziele und Beseitigung der entgegenstehenden Hindernisse. Die Hindernisse, an denen seine beiden Vorgänger gescheitert sind, lagen einmal beim österreichischen Parlament, dessen deutsche Minderheit grundsätzlich, so lange die Sprachenverordnungen bestanden, Opposition gegen jede Vorlage, insbesondere gegen jede Ausgleichsvorlage machte, und sodann bei dem Mangel jedes billigen Entgegenkommens der ungarischen Regierung, so daß keine Vereinbarung möglich wurde, für welche sich im österreichischen Parlament, selbst nach Beseitigung der Sprachenverordnungen und Aufheben der Obstruktion, eine Mehrheit gefunden hätte.

Graf Thun hat schon durch die Wahl seiner Minister bekundet, daß er staatsmännischen Geist und die in Oesterreich wie anderswo unerlässliche starke eigene Initiative besitzt, mit der allein eine verfahrenre und verworrene Staatsmaschine wieder in Gang gebracht werden kann. Er hat mit seiner allerersten Regierungshandlung, der Wahl seiner Minister, sowohl die alte Mehrheit wie die alte Opposition gebrochen. Die Junggezeugen haben ihre Hauptprogramm-Kummers, daß sie in die Obstruktion gehen würden, wenn von den Sprachenverordnungen Wadenis auch nur ein Buchstabe zurückgenommen würde, klüschweigend abgesetzt, weil sie wissen, daß Graf Thun die innere Schwäche ihrer Position im Lande selbst zu genau kennt, als daß er sich durch Drohungen imponieren ließe. Und die Junggezeugen wissen auch ferner, daß, wenn die Sprachenverordnungen ganz aufgehoben würden — was zweifellos geschehen würde, wenn die Junggezeugen zu ihrer Haltung unter dem Coalitionsministerium zurückkehren wollten — die deutsche Staatsprache an ihre Stelle treten müßte. Darum thun sie mit, in der stillen Hoffnung, wenn der Ausgleich fertig wäre, auf dem Verordnungswege doch wieder entschädigt zu werden. Und die Deutschen?

Den verfassungstreuen Grundbesitzern und der Mehrzahl der früheren Linken war die auferlegte und aufregende Form der Opposition der deutschen Fortschritt- und Volkspartei und der Deutschnationalen stets unbehaglich, und sie lehnten sich längst nach einem Vorwande, von ihnen abzurücken. Diesen Vorwand hat ihnen die Abänderung der Sprachenverordnungen und die in den neuen Verordnungen gegebene Zusicherung, daß sie durch ein Gesetz abgelöst werden sollen, geliefert. Und sofort fielen die Großgrundbesitzer ab und entboten ihr fähigstes Mitglied ins Ministerium. Die Sehnsucht nach einem neuen Ausgleich mit Ungarn im Interesse des Reichsansehens wirkte bei ihnen zusammen mit der Abneigung gegen die radikalen Mächte der oppositionellen Volksgenossen.

Die Sehnsucht nach einer Erneuerung des ungarischen Ausgleichs reicht aber bis weit in die Reihen selbst der deutschen Fortschrittspartei, und Graf Thun müßte schon sehr ungeschickt sein, wenn er diese stille Sehnsucht der Industriellenkreise nicht ausnützen könnte. Wenn im letzten Momente dann noch der sanfte Druck von oben kommt, und die Substitutionsweihesimmung ausgedeutet wird, so kommt der Ausgleich zustande, vorausgesetzt, daß Ungarn in der Quotenfrage von seinem unhaltbaren Standpunkt zurückgebracht werden kann. Und dazu sind alle Aussichten vorhanden. Die hochfahrenden Manieren des Baron Banffy dürften den Grafen Thun weit weniger einschüchtern als seine Vorgänger. Und wenn der Ausgleich, der in Oesterreich bereits zwei Ministerien das Leben gekostet hat, noch ein Opfer fordern sollte, so dürfte es diesmal ein ungarisches Ministerium, dürfte es Baron Banffy sein, der seinerseits zeitig seinen bisher festgehaltene Standpunkt aufgeben dürfte.

Es wäre gewagt, den Ausgleich für gesichert zu erklären; aber eine Möglichkeit für denselben ist zweifellos geschaffen. Daß hinterher die Deutschen aus ihrem nationalen Besitzstand die Kosten an die Czechen werden zu bezahlen haben, ist eine Erwünschung, an die man sich nachgerade gewöhnt hat. Von ihnen gilt ja in diesem Staate seit dem Bestehen der Verfassung das Sic vos, non vobis!

Deutscher Handelstag.

Im großen Saale des Langenbeck-Hauses zu Berlin trat gestern der Deutsche Handelstag unter zahlreicher Beteiligung zu seiner diesjährigen Plenarversammlung zusammen. Vor Eintritt in die Tagesordnung riß der Staatsminister Graf von Posadowski eine begründete Anfrage an die Versammlung, in der er etwa folgendes ausführte: „Sowohl die verbündeten Regierungen wie der Reichskanzler wenden allen Zweigen des Erwerbslebens ihr gleiches Interesse zu, insbesondere auch dem deutschen Handel. Denn die Aufgabe des deutschen Handels besteht nicht nur darin, den Güter-Umlauf zu fördern, sondern er schafft auch neue Werte, die der heimische Markt nicht aufnehmen kann, dem ausländischen Verbrauche zu. Unser Handel ist auf den Export angewiesen, er muß exportieren. Unser Bestreben geht dahin, die internationalen Export-Industrie zu erweitern, den Handel in dem Erwerb zu unterstützen, sich immer neue Wege des Absatzes zu eröffnen. Ich kann versichern, daß die verbündeten Regierungen den aufrichtigen Wunsch und das Bestreben haben, daß es dem deutschen Handel gelingen möge, nicht nur, wie bisher, den heimischen Markt zu beherrschen, sondern daß auch sein Anteil am Weltmarkt, seine Erfolge im internationalen Wettbewerbe immer größer werden mögen. Damit wird der deutsche Handel dem gesamten deutschen Erwerbsleben einen großen Dienst leisten, und wir werden die Bestrebungen des Deutschen Handelstages, die sich auf diesem Gebiete bewegen, mit Freuden unterstützen.“ — Ueber den ersten Gegenstand der Tagesordnung, die Verlängerung des Privilegiums der Reichsbank sprach sodann Reichsminister Schindel-Hamburg. Er schloß seine Ausführungen mit folgenden Worten: „Nebstall wird jetzt zum Sammeln gelassen. Auch die Vertreter vom Handel und der Industrie sind bereit, sich einzufinden, aber nur, wenn es gilt, aufzubauen und durch gemeinsame Arbeit neue Werte zu schaffen; sie sind aber nicht zu haben, wenn es darauf abgesehen sein sollte, die früchte jahrzehntelanger Fleißes zu zerstören oder gar zu plündern.“ — Hieranf wurde die vom Referenten vorgeschlagene Erklärung gegen die Verstaatlichung der Reichsbank einstimmig angenommen.

Politischer Tagesbericht.

Deutsches Reich. Der Reichstag dürfte sich noch vor Schluß seiner Tagung mit dem englischen Handelsvertrag, wahrscheinlich mit einem Provisorium, zu beschäftigen haben. Von besonderer Wichtigkeit ist dabei nach dem „Hamburger Storr.“, die Frage, inwieweit sich das handelspolitische Provisorium auf das Handelsverhältnis zwischen Deutschland und den englischen Kolonien beziehen wird.

Bekanntlich hat zu Anfang des vorigen Jahres der Afrika-reisende Janke Angaben über Vorkommen von Gold in dem deutsch-afrikanischen Gebiet südlich des Viktoriasees gemacht. Mitteilungen aus zuverlässigster Quelle bezeichnen jetzt diese Angaben als durch die Thatsachen völlig bestätigt. Die in aller Stille ausgesandte Sachverständigen-Kommission hat schon ihre ersten Berichte erhalten. Danach sind an den von Herrn Janke angegebenen Punkten Goldanränge als vorhanden konstatiert worden. Die Kommission setzt ihre Untersuchungen fort. Die bisher gemachte Feststellung ist um so bedeutender, als sicherem Vernehmen nach jüngst ein gleicher Vorkommen auch nordwestlich des Kassassee entdeckt worden ist. Aufschneidend zeigt sich die Goldlinie von Süden nach Norden durch die ganze Westgrenze des deutsch-afrikanischen Gebietes. An der nach Herrn Janke genannten Erwerbung ist übrigens der Reichsiskus hervorragend beteiligt, wie er denn auch an erster Stelle für die Ausendung der vorerwähnten Sachverständigen-Kommission die Kosten aufgebracht hat.

Es scheint, als ob die Annahme, die letzten Auseinandersetzungen über den Militärstrafprozess hätten eine Verstimmung zwischen Bayern und Preußen hinterlassen, durch eine Zusammenkunft des Kaisers und des Prinzregenten entkräftet werden soll. Den äußeren Anlaß bietet die zehn Jahre nach dem Tode Kaiser Wilhelms I. erfolgende Enthüllung des Denkmals in der Wallalla. Die Korrespondenz des Westfalen berichtet, sicherer Quelle zufolge werde in nächster Zeit, wahrscheinlich in der nächsten Woche (22. März), eine Zusammenkunft des Kaisers und des Prinzregenten in Regensburg stattfinden, von wo beide sich zur Wallalla begeben würden.

In der Sitzung des Reichstags vom 3. März d. J. wurde von dem Abg. Leuzmann behauptet, es sei bei der gerichtlichen Verhandlung über den Eisenbahn-Unfall bei Eschwege am 14. August v. J. festgestellt worden, daß bei der Entgleisung des betreffenden Waggons nicht allein der Vangbalken, der heruntergefallen wäre, sondern auch sehr morische und saule Schwellen eine große Rolle gespielt hätten, so daß das Gerücht zu der Zeit-

stellung genommen sei, diese morischen und saulen Schwellen müßten wohl die Ursache der Entgleisung gewesen sein.“ Diese Behauptung ist thatsächlich unrichtig. Bei der Verhandlung vor dem Schwurgericht zu Lüneburg am 21. Februar d. J. ist, wie der „Reichs- und Staats-Anzeiger“ schreibt, festgestellt worden, daß eine in der Nähe des entgleiten Waggons von einem Zeugen bemerkte, angeblich saule Eisenbahnschwelle nicht aus dem Geleise an der Unfallstelle herrührte, sondern erst nach dem Unfall von dem Hofe eines nahegelegenen Bahnwärterhauses entnommen war, um an der Unfallstelle bei den Aufräumungs- und Aufgleisungsarbeiten benutzt zu werden. Das Gerücht ist daher nicht, wie im Reichstage behauptet worden ist, zu der Feststellung gekommen, daß „diese morischen und saulen Schwellen“ wohl die Ursache der Entgleisung gewesen sein müßten. Nach dem Ergebnis der Verhandlungen wurde vielmehr der gute Zustand der Bahn allseitig anerkannt und die Ursache der Entgleisung in der Einwirkung der von einem Güterzuge herabgefallenen Stuppelstange gefunden, wie dies in der amtlichen Denkschrift auch dargelegt ist.

In der gestrigen Sitzung des Bundesrates wurde die Vorlage, betreffend die Feststellung eines Nachtrags zum Reichshaushalts-Etat für das Rechnungsjahr 1898, den zuständigen Ausschüssen überwiesen; dem Ausschussantrag zu dem Entwurfe zu Vorschriften über Auswandererschiffe und dem Ausschussantrage zu dem Entwurfe vor Bestimmungen über den Geschäftsbetrieb der Auswanderungsunternehmer und Agenten wurde zugestimmt.

Die „N. N.“ bestätigt, daß sofort nach dem Eintreffen der Nachricht von dem völligen Abbruch des deutsch-japanischen Vertrages auf telegraphischem Wege von dem Kaiser der Befehl ergangen ist, unverzüglich alle Besatzungen aus der sogenannten neutralen Zone von Kiaotchan im Durchmesser von 50 Kilometer des Hinterlandes zurückzuführen. Das letztere ist demnach wieder den Chinesen übergeben mit der Maßgabe, daß China in der erwähnten Zone ohne Zustimmung der deutschen Behörden keine Anordnungen trifft.

In der spanischen Presse ist von hier aus die Meldung verbreitet worden, der Kaiser habe bei einem Familien-Diner, das bei der Frau Prinzessin Heinrich von Preußen stattgefunden hätte, eine Aeußerung gethan, die auf eine scharfe Parteinahme Deutschlands in der kubanischen Verwicklung schließen lassen würde. Die „N. N.“ ist nun zu der Erklärung ermächtigt, daß diese ganze Erzählung auf Erfindung beruht.

Antlicher Nachweisung zufolge hat die Einnahme an Wechselsteuern im Deutschen Reich in den ersten 11 Monaten des laufenden Finanzjahres 90008230 Mk. oder 701 633,60 Mk. mehr als im gleichen Zeitraum des Vorjahres betragen.

Zur Deckungsfrage im Flottengesetz schreibt die in Karlsruhe erscheinende „Nidd. Reichs-Anzeiger“: „Wir glauben zu wissen, daß die verbündeten Regierungen geneigt sein dürften, eine Erklärung dahin abzugeben, daß die Beschaffung der Kosten für die Flottenvermehrung in keinem Fall durch Erhöhung der bestehenden oder Einführung neuer indirekter Steuern erfolgen werde. Mit dieser Erklärung wird man sich aber auch begnügen müssen, denn es wäre für die Reichsregierung vollständig unannehmbar, irgendeine Erklärung abzugeben, über die Verpflichtungen der Reichsverfassung hinaus die einzelstaatliche Gesetzgebung zu beschränken.“

Dem internationalen Uebereinkommen über den Eisenbahn-Verkehr vom 14. Oktober 1890 gehören infolge Aufstellung seitens des Centralamtes für den internationalen Eisenbahntransport an in Deutschland 136 (darunter 34 Bahnstrecken, die sich im Vertriebe russischer, österreichischer, schweizerischer, französischer, belgischer und niederländischer Verwaltungen befinden, in Oesterreich 52, Ungarn 16, Belgien 14, Dänemark 3, Frankreich 29, Italien 5, Luxemburg 3, Niederlande 16, Rußland 37 und in der Schweiz 27 Eisenbahnstrecken. — Erwähnt sei noch, daß sechs Strecken der französischen Eisenbahn in den Reichslanden nahe der Grenze, nämlich Alençon-Virey, Virey-Croix, Deutsch-Arcoeur, Jansen-Arcoeur, Chantrel-Monfel, Novant-Pagny für Moelle, Amanteuil-Vailly und Deutsch-Budum le Roman, sich im Betriebe der Verwaltung der Reichseisenbahnen befinden.

Am 1. April d. J. wird in Auerbach (Sagland)